Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. August 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 95

Kritik und Aufbau*

Unter der Überschrift „Kritische Betrachtungen" schreibt in Nr. 6 des „Graphischen Blocks" ein Leipziger Kollege u. a. folgende Sätze: „Jeder weiß, auch ohne Inderzahlen, daß alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände um das Zehn- bis Zwanzigfache im Preise gestiegen sind. Schon danach kann er sich berechnen, daß die Löhne der Buchdruckergehilfen um über 100 Mk. pro Woche zu niedrig sind." Der Gedankengang dabei, dem man auch sonst immer wieder in Kollegenkreisen begegnet, ist folgender: Vor dem Kriege betrug der wöchentliche Buchdrucker-(Mindest-) Lohn gut 30 Mk. (z. B. in Leipzig in Klasse C 33 Mk.); da alle Preise seitdem um das „Zehn- bis Zwanzigfache" gestiegen sind, muß auch der Lohn jetzt zum mindesten zehnmal so groß sein; das wären gut 300 Mk.; verglichen mit der tatsächlichen Lohnhöhe fehlen also (so schließt man) mindestens 100 Mk. in jeder Woche.

Ungeprüfte Voraussetzung in dieser Rechnung ist, daß unser Vorkriegs-Einkommen gerade den Bedürfnissen entsprach. Die Richtigkeit dieser Annahme wird aber schon in Frage gestellt durch eine äußerst interessante statistische Übersicht über die (tariflichen) Wochenlohnsätze mehrerer Berufsarten vor dem Kriege, die nach dem „Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich 1914" (Seite 82/83) zusammengestellt ist. Um eine sofortige Vergleichbarkeit zu ermöglichen, sind die dort zum Teil angegebenen Stundenlöhne unter Zugrundelegung einer (wohl nicht in jedem Falle stimmenden) 54stündigen Wochenarbeitszeit in Wochenlöhne umgerechnet; diese dürften dadurch in einigen Fällen tatsächlich etwas niedriger gewesen sein. Geordnet nach der (Berliner) Höhe, hatte danach das (Mindest-) Wocheneinkommen (in Zeitlohn, Akkordlohn ist nicht berücksichtigt) vor dem Kriege (1912) in Berlin und Leipzig folgenden Betrag, wobei als Ergänzung die Wochenhöhe des 1914 in Leipzig gezahlten Krankengeldes hinzugefügt ist:

Wocheneinkommen 1912

Berufsart	Berlin Mk.	Leipzig Mk.
Steinsetzer . .	45,90	41,60
Maurer . . .	43,20	38,90
Steinmetzen .	43,20	32,90
Maler	37,80	34,—
Buchdrucker .	34,38	33,—
Klempner . .	32,40	34,—
Schlosser . . .	30,80	27,—
Buchbinder .	30,50	29,15
Brauer . . .	30,—	35,—
Schneider . .	29,70	22,70
Tischler . . .	28,60	30,20
Speditionsarbeiter . .	27,—	27,—
Bäcker	26,—	24,—
Ungelernte Arbeiter in Brauereien	25,—	26,—

Berufsart	Berlin Mk.	Leipzig Mk.
Ortsüblicher Tagelohn (mal 6) . .	21,60	21,—
Krankengeld (1914)		
Höchste Klasse	.	21,—
Niedrigste Klasse für Männer . .	.	8,75
Niedrigste Klasse für Frauen . .	.	5,25

Wir erhalten, das wird ohne weiteres klar sein, für unsre jetzige Notzeit unbrauchbare Ergebnisse, wenn wir diese Friedenslöhne schematisch um das Zehn- (bis Zwanzig-) fache vergrößern: würden doch in Berlin z. B. Lohnunterschiede von wöchentlich über 200 Mk. herauskommen, den „ortsüblichen Tagelohn" und gar das Krankengeld noch nicht einmal mit in Rechnung gestellt. Es waren ja vor dem Kriege durchweg die Löhne nicht errechnet nach dem Bedürfnisse, das mit ihnen befriedigt werden sollte, sondern Lohn wurde (grundsätzlich wenigstens) bezahlt nach der „Qualität" (und Quantität) der geleisteten Arbeit.

Diese Entlohnungsmethode wurde allerdings bisher und wird noch jetzt sogar in niedrig entlohnten Gewerkschaften und sogar von radikalen Sozialdemokraten ausdrücklich anerkannt. So steht im Februar d. J. in einem Redaktionsaufsatz in Nr. 6 des Organs der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, der „Solidarität", unter dem Titel „Eine gerechte Entlohnung": „Der Maßstab, der hierbei (d. h. bei der Durchführung einer ‚möglichst gerechten Entlohnung') angelegt werden muß, kann nur die größere oder geringere Leistung sein." Und noch am 25. Juni d. J. schreibt die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" in einer kritischen Besprechung der Leipziger städtischen Besoldungsreform: „Eine Abstufung nach der Qualität der geleisteten Arbeit muß selbstverständlich erfolgen." Dabei enthält sich die „Leipziger Volkszeitung" eines Urteils über die von der Stadt ihren Beamten und Angestellten gewährten Kinderzuschläge.

Erst allmählich beginnt jetzt, weil wir verhungern, der Gedanke langsam, zu langsam, in Theorie (vgl. z. B. den Antrag Kotte auf der Nürnberger Generalversammlung betreffs Abstufung der Löhne) und Praxis (Kinderzulagen) sich durchzusetzen, daß das Ziel der wirtschaftlichen Neuordnung, die wir Sozialisten erstreben, sein muß, in bewußter planmäßiger Produktions- und Verteilungsreglung erst einmal jeden einzelnen Menschen im Volk, er mag „Qualitätsarbeiter" oder einfachster „Tagelöhner" sein, er mag arbeiten oder nicht arbeiten können, mit dem Lebensnotwendigsten, dem Existenzminimum (das allmählich beliebig weit ausgedehnt werden kann) zu versorgen.

Erst wenn dies Ziel erreicht ist (und wir sind noch weit davon entfernt), kann eventuell (wenn es denn fürs erste nicht anders möglich ist) versucht werden, darüber hinaus in der Befriedigung der sogenannten Kulturbedürfnisse oder gar der Luxusbedürfnisse Abstufungen nach „Qualität" und Leistung vorzunehmen. Es wäre, wenn es so weit ist, aber noch zu untersuchen, ob dabei etwa die „Qualitäts"folge maßgebend sein würde, wie sie in der vorausgehend gegebenen Lohntabelle (für Leipzig schon anders wie für Berlin) zutage tritt, oder welche andre. Ich nehme an, ich hoffe, daß eine Einigung, auch nur innerhalb der Arbeiterschaft, nicht zustande kommen wird bei Entscheidung der Frage, welche Berufe oder Einzelarbeiter in der Planwirtschaft denn nun, als „minderqualifiziert", dazu bestimmt sind, für die „qualifizierten" die nötigen Produkte herzustellen, die sie für ihren „Qualitäts"-Lohnzuschlag doch irgendwo „kaufen" wollen. Ein (meinetwegen ungelernter) Schokoladen- oder ein Brauereiarbeiter wird z. B. kaum sich bestimmen lassen, dafür noch besonders zu arbeiten, daß, sagen wir, ein arabischer Spezialkorrektor (doch nach unsern heutigen Begriffen ein ausgesuchter Qualitätsarbeiter) wöchentlich eine entsprechende Sonderzulage erhält. (Von Schwerarbeiterzulagen spreche ich hier nicht.) Und trotzdem, denke ich, obwohl er keinen Extralohn dafür bekommt, sondern nur das, was er, wie jeder ungelernte Arbeiter, zum Leben und für seine Arbeit nötig hat, trotzdem wird der Spezialarbeiter, auch in lebenswichtigeren Berufen, aus Freude an seiner Arbeit, die nur er kann, leisten, was in seinen Kräften ist. Es sind ja wohl auch bisher, in der Geschichte und noch heute, nicht gerade Lohnmotive gewesen, die zu den menschlichen Höchstleistungen geführt haben. In allen Berufen, auch den lebenswichtigsten, wird es in allen Stellungen schon heute Männer und Frauen geben, sie mögen noch so einzigartige und unersetzliche Arbeit schaffen, denen der Gedanke von Tag zu Tag unerträglicher wird, daß infolge ihres Mehreinkommens Arbeit andrer sowie vor allem Produktionsmittel und Bodenwerte für ihren Überbedarf in Anspruch genommen werden, während auf der andern Seite noch Menschen sterben und verkommen, weil ihnen das Nötigste nicht zur Verfügung steht. Der einzelne kann im Praktischen wenig ändern. Aber diese neue, sozialistische Arbeitsmoral wird sich im Volke durchsetzen; um so unwiderstehlicher und erfolgreicher, je greifbarer die in den Grundzügen einfachen Zusammenhänge der Volkswirtschaft klar werden.

Wir kommen nicht herum um genaue Einzelberechnung dessen, was jedem Menschen, entsprechend seiner körperlichen Beschaffenheit, an Mindestbedürfnissen zur Verfügung gestellt werden muß, damit sein Leben und seine Arbeitskraft voll erhalten bleibt. Indem Dr. R. Kuczynski, der Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg, Mitglied der Deutschen Sozialisierungskommission, für die von ihm (in weitgehender Übereinstimmung mit der übrigen deutschen Lebensbedürfnis-Forschung) angenommenen Existenz-Mindestmengen die jeweiligen Berliner Preise einsetzt, kommt er zu folgenden Zahlen für die wöchentliche Geldhöhe des (Berliner) Existenzminimums, einerseits in den Monaten vor Ausbruch des Krieges, andrerseits für Juli 1920:

Alleinstehende Frau		Alleinstehender Mann		Mann und Frau		Mann und Frau nebst 1 Kind (von 6 bis 10 Jahren)		Mann und Frau nebst 2 Kindern (von 6 bis 10 Jahren)	
Mk.		Mk.		Mk.		Mk.		Mk.	
1914	Juli 1920	1914	Juli 1920	1914	Juli 1920	1914	Juli 1920	1914	Juli 1920
12,95	109	16,70	159	22,25	237	25,50	282,50	28,75	328

Diese Zahlen gelten (im großen und ganzen) für Arbeiter und Nichtarbeiter jeder „Qualität". Jeder kann unschwer feststellen, ob sein Einkommen (vom Standpunkt der sozialistischen Ordnung betrachtet) ausreicht, ob es zu klein oder zu groß ist.

Der Geldausgleich läßt sich in theoretisch einwandfreier Methode durchführen durch die (in der Berliner Metallindustrie eingerichteten, bei uns Buchdruckern geplanten) „Ausgleichskassen". (Vgl. die wiederholten eindringlichen Ausführungen des Kollegen -ff- im „Korr.", zuletzt in Nr. 93, sowie, grundsätzlich schärfer und weiterzielend, im „Korr." Nr. 45 den Artikel: „Ein vorläufiger Weg . . .")

Bedenkt man, daß Geld nicht unbedingt sicher jedem die nötigen Bedürfnismittel verschaffen kann: die Menschen sind kaufmännisch und theoretisch nicht alle genügend geschult, um die von den Fachleuten als nötig ermittelten Waren billigst zu erhalten, so kommt man, darüber hinaus, zu einer Lösung des sozialistischen Einkommensproblems in der Art der „Wirtschaftlichen Nothilfe", wie sie in Nr. 61 des „Korr." (erste Seite des Beiblatts) dargestellt ist. (Vgl. auch den Aufsatz „Der Weg zur sozialistischen Einkommensordnung" in Nr. 5 des „Leipziger Betriebsrats" vom 1. Juli 1920.)

Leipzig. H. Noll.

* Der folgende Aufsatz ist ursprünglich entstanden als sachliche Besprechung eines Satzes über unsre Lohnhöhe im „Graphischen Block". Die Schriftleitung des „Graphischen Blocks" jedoch, der ich den Aufsatz zur Verfügung stelle, schien Bedenken grundsätzlicher und taktischer Art zu haben, so daß sie sich nicht recht entschließen wollte, ihn zu bringen. Ich habe ihn deshalb schließlich zurückgezogen, halte aber das darin erörterte Problem: „Qualitätslohn oder Entlohnung nach dem Bedürfnis?" für so wichtig, daß ich der Schriftleitung des „Korr." für die trotz der Vorgeschichte unbeanstandete Aufnahme dankbar bin. Die Frage der Entlohnung der „Qualitätsarbeit" steht ja nicht nur in unsern heutigen, noch im wesentlichen individualistisch-kapitalistisch orientierten Lohnbewegungen flüssig zur Debatte (vgl. z. B. alle vier Artikel in Nr. 85 des „Korr."), sie wird ebensosehr bei der plangemäßen Regulierung der Produktion in der kommenden sozialistischen Ordnung grundsätzlich entschieden werden müssen. Uns es scheinen mir bisher die „Qualitätsarbeiter" (welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen) zu sehr auf ihren Vorteil bedacht gewesen zu sein. P. B.

Videant consules....!

„Praktische Arbeit" ist die Parole! So zu lesen in Nr. 90 des „Korr." vom 14. August 1920 (Spitzenartikel des Kollegen Löschner in Bielefeld). Sehr wahr gesprochen, Kollege! Die Grundgedanken Ihrer Ausführungen begegnen sich mit den meinigen in Nr. 61 vom 3. Juni 1919 in meinem Artikel: „Auf zu positiver Arbeit!" Wie damals jedoch ich, so fürchte ich auch für Sie, Kollege, daß Sie jetzt ebenfalls vor tauben Ohren gepredigt haben.

Zu dieser Befürchtung werde ich gedrängt durch die am 9. August stattgehabte Versammlung des achten (Neukölln-) Bezirks unsres Berliner Gauvereins. In der Diskussion über die Anträge zur Tarifrevision kam die Sprache u. a. auch auf die Nürnberger Generalversammlung und das von dieser erneut abgelegte Bekenntnis zur Tarifgemeinschaft und deren weiteren Ausbau in modernem, neuzeitlichem Geiste. Man sollte meinen, daß, nachdem die Generalversammlung unsres Verbandes durch diese Willenskundgebung die Marschroute für die Dauer ihrer Legislaturperiode festgelegt hat, nun auch die Opposition sich diesem erdrückenden Mehrheitswillen fügen und, wenn auch nicht am selben Strange ziehen, so doch zum mindesten in duldsamer Zurückhaltung verharren würde. Doch weit gefehlt! Die Opposition konnte es sich nicht verkneifen, in erwähnter Neuköllner Bezirksversammlung klipp und klar zu erklären, daß sie gar nicht daran denke, den „Quatsch einer neuen Tarifgemeinschaft nochmals mitzumachen", und daß sie diese ihre Auffassung mit allen Kräften in Kollegenkreisen propagieren werde. Mit andern Worten also: Sabotage der Nürnberger Generalversammlung! Die dort gefaßten Beschlüsse sollen nicht respektiert werden!!

So lautet die Parole der Opposition, so sieht deren „praktische Arbeit" aus! —

Ich nahm Gelegenheit, die Opposition auf diese ihre Erklärung festzunageln, indem ich sagte — und ich wiederhole und unterstreiche dies hier nochmals ausdrücklichst —, daß es aufrichtiger von ihr gewesen wäre, diese Erklärung in Nürnberg abzugeben, nachdem die Generalversammlung ihr Votum zur Tariffrage ausgesprochen hatte. Gewiß kann niemand der Opposition verwehren, in Mitgliederkreisen für ihre Ideen zu agitieren und vor, wie auf Generalversammlungen, wie sie das ja vor und in Nürnberg in ausgiebigster Weise getan hat, gegen ihrer Überzeugung

und ihren Ideen zuwiderlaufende Auffassungen Sturm zu laufen. Der Opposition soll auch das Recht zuerkannt werden, durch sachliche Agitation auf die Mitglieder dahin einzuwirken, daß zur nächsten Generalversammlung Delegierte entsandt werden, die in ihrem Sinne beschließen und gefaßte Beschlüsse früherer Generalversammlungen aufheben oder in ihrem Sinne korrigieren. Hat aber eine Generalversammlung einmal endgültig beschlossen, dann ist es Pflicht auch des mit seinen Ansichten unterlegenen Teiles, sich diesen Beschlüssen zu fügen und an deren Durchsetzung mitzuarbeiten. Kann man nicht soviel Gemeinschaftssinn zum Wohle der Gesamtheit aufbringen, dann muß man alles unterlassen, was der Durchsetzung der Beschlüsse einer Generalversammlung hinderlich ist, weil es sonst zum Schaden der Gesamtheit ausschlagen muß.

Das ist das Mindeste, was verlangt werden muß. Was erleben wir aber hier? Dieselbe Opposition, die bei andern Gelegenheiten — wie es eben gerade paßt! — nicht laut genug immer wieder betonen kann, daß sie auf- und ausbauen, nicht aber zerstören will, sie ist durch ihren Neuköllner Vorstoß jetzt drauf und dran, einen Keil in die Kollegenschaft zu treiben, was beim Gelingen dieses Attentats auf die durch unsre höchste Berufsinstanz, die Generalversammlung, erst jüngst in Nürnberg sanktionierte Verbandsverfassung von den schlimmsten Folgen für den Bestand der Gesamtorganisation begleitet sein muß; von Erschütterungen, aus denen — die alte Leier! — nur wieder unser Vertragspartner bei den bevorstehenden Tariferneuerungsverhandlungen auf unsre Kosten Honig saugen wird. Soll das etwa die „Einigkeit", die „geschlossene" Phalanx sein, mit der wir den uns möglicherweise bevorstehenden Stürmen erfolgreich begegnen wollen? —

Auf diese Gefahren rechtzeitig hinzuweisen, gegen die Kapp-Lüttwitze in unserm Gewerbe Front zu machen, solange es noch Zeit ist, unsre Verbandsinstanzen, Funktionäre und alle die zur größten Wachsamkeit aufzurufen, die sich noch nicht in Utopien verrannt haben, vielmehr mit klarem Blicke für die Zukunft auf dem Boden der Nürnberger Beschlüsse weiter- und auszubauen fest entschlossen sind zum Wohle der Gesamtheit, das soll der Zweck dieser Zeilen sein. Mögen sie nicht ungehört verhallen! Videant consules ....!

Neukölln. E. Lehmann.

Die Stereotypeure innerhalb des Verbandes

Die Lage der Stereotypeure innerhalb des Verbandes ist zur Zeit in vieler Beziehung noch nicht als befriedigend zu bezeichnen. Der letzte Kongreß der Stereotypeure mußte sich da mit verschiedenen Mißständen beschäftigen, die auch darauf zurückzuführen sind, daß ein Teil der übrigen Verbandsmitglieder die Stereotypie als ihre besondere Plantage betrachtet, um ihre Lage auf Kosten der sich mehr und mehr verschlechternden Lage der Stereotypeure zu verbessern. Hier werden der Verbandsvorstand und die Gesamtheit der Verbandskollegen ihr Augenmerk beizeiten darauf richten müssen, um unnütze Verbitterung zu vermeiden.

In erster Linie ist es das Eindringen andrer Verbandskollegen in unsern Beruf, die oft mit geringen Kenntnissen als Setzerstereotypeure es verstehen, in unserm Beruf unterzutauchen. Das muß aufhören, und auch der Verband wird versuchen müssen, dieser auf dem Kongreß aufgestellten Forderung Rechnung zu tragen.

Man verstehe dies nicht falsch. Wir verlangen dabei keine sogenannte Sparkenextrawurst. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Während früher die Stereotypie in der Entwicklung begriffen war und Arbeitskräfte aufnehmen mußte, ist jetzt schon seit langem ein gewisser Stillstand eingetreten. Es wird, genau wie in andern Sparten, eine große Zahl von Lehrlingen ausgebildet, die auch ein Recht auf Arbeit im erlernten Berufe haben. Muß es nicht geradezu verbitternd wirken, wenn gelernte Stereotypeure als Fabrikarbeiter ihr Dasein fristen, während Setzerstereotypeure am gleichen Ort in reine Stereotypeurstellen gelangen? Es ist ja ganz erklärlich, daß die Not unsrer Zeit die wunderlichsten Blüten treibt, aber wir haben darauf zu achten, daß wir nicht dabei ganz unter die Räder kommen. Wir müssen daher verlangen, daß Setzerstereotypeure auf solche Stellen beschränkt bleiben, in welchen nicht genügend Arbeit für Stereotypeure vorhanden ist. Wo dagegen ein Stereotypeur voll beschäftigt werden kann, gehört auch nur ein Stereotypeur hinein.

Ähnlich verhält es sich mit den Hilfsarbeitern. Auch hier muß die Tätigkeit auf die ihnen zustehende Arbeit beschränkt bleiben. Auch die Ausbildungsfrage der Lehrlinge wird gelöst werden müssen, da auch bei uns über ungenügende Ausbildung vielfach Klagen vorliegen. Dabei wurde die Anregung gegeben, die Stereotypeure in Zukunft auch als Setzer auszubilden. Demgegenüber stand der Kongreß auf dem Standpunkte, daß auch das nicht zweckentsprechend wäre. Dagegen soll erstrebt werden, daß in Zukunft jeder Stereotypeurlehrling auch die Galvanoplastik erlernen muß. Wo keine solche vorhanden ist, muß ein Austausch stattfinden. Wir sind uns sehr wohl der Schwierigkeiten bewußt, doch müssen wir diese Forderung im Interesse einer vollkommenen Ausbildung stellen. Die Lehrlingsordnung wird, hoffe ich, trotz einiger Unklarheiten doch genügend Handhaben dazu bieten.

Um alle diese angeführten Mißstände beseitigen zu können, bedarf es einesteils der regsten Mitarbeit aller Sparkenkollegen, aber auch der verständnisvollen Unterstützung aller übrigen Verbandsmitglieder, insbesondere der Betriebsräte, da nach Aufhören des oft einzigen Stereotypeurs der Betriebsrat der einzige Interessenvertreter der Stereotypie ist, um diese freiwerdende Stelle dem Stereotypeur zu erhalten. Aber auch allen Verbandsfunktionären erwächst die Pflicht, im Interesse unsrer heranwachsenden Lehrlinge auch die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten für die Stereotypeure zu erhalten. Neunzehnjährige Setzer, die sich im „Korr." als „stereotypiekundig" ausgeben, wären auch besser darauf zu verweisen, erst einmal im erlernten Beruf etwas zu werden, wozu ja der Bildungsverband genügend Möglichkeiten bietet. Ich hoffe daher auf die Unterstützung aller rechtlich denkenden Kollegen, wenn ich schließe mit dem bereits im vorigen Jahr ausgesprochenen Satz: „Die Stereotypie den Stereotypeuren"!

Berlin. Karl W. Schmidt.

□□□□ Zur Tarifberatung □□□□

Abbau oder Erhöhung unsres Lohnes?

Schwerer denn je lastet auf uns Buchdruckern die Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen. Verstärkte Arbeitsbeitslosigkeit, ein großer Prozentsatz Verkürzarbeitender ist die Signatur des Tages. Reicht schon bei voller Beschäftigung das Minimum nicht aus, das Allernotwendigste zu bestreiten, so malt sich bei den Verkürzarbeitenden das Elend grau in grau. Immer brennender wird deshalb die Frage: Bringen uns die Tarifberatungen eine Erhöhung unsres Lohnes?

Nach der Bekanntmachung des Tarifamts in Nr. 89 des „Korr." soll die jetzige Teuerungszulage vorläufig weitergezahlt werden. Ein großer Teil der Kollegenschaft wird stutzig geworden sein über diese Verfügung. Die beiderseitigen Tarifvertreter werden es angesichts der großen Wirtschaftsmisere jetzt wohl für geratener gehalten haben, die jetzigen Teuerungszulagen bis auf weiteres fortgelten zu lassen. (So ist es. Red.) In einer Zeit, wo der Ruf nach mehr Mitbestimmungsrecht immer lauter ertönt, hätte der Gehilfenschaft das aber wohl in andrer Form mitgeteilt werden können.

Nach meiner Ansicht ist trotzalledem die Lösung des Tarifamts eine glückliche zu nennen. Jeder weitsichtige und realdenkende Kollege ist mit mir jedenfalls einig in der Hinsicht, daß wir im gegenwärtigen Augenblicke nichts erreicht hätten mit einer abermaligen Erhöhung unsrer Teuerungszulage, so notwendig wir sie gebrauchen könnten. Das absichtliche Zurückhalten von Arbeiten seitens der Verlagsbuchhändler, das kategorische Auftreten einzelner tonangebender Großstadtprinzipale gegenüber den Betriebsräten und die Drohung mit der Schließung ihrer Betriebe sind Anzeichen, die beachtet werden müssen. Aus der Bekanntmachung des Tarifamts geht aber das eine Erfreuliche hervor, daß an einen Abbau der Löhne nicht zu denken ist.

Kollegen! Gönnen wir unserm Gewerbe die jetzt nur scheinbare Ruhe und rüsten wir auf den bevorstehenden Kampf, der ja unausbleiblich ist, wenn unsre Prinzipalität nicht einsieht, daß der Buchdrucker einen Lohn verlangen kann und muß, um das jetzige Existenzminimum endlich einmal zu erreichen.

An einigen Beispielen soll gezeigt werden, daß nicht ein Abbau unsres Lohnes, sondern nur eine Erhöhung desselben stattfinden kann. Eine wesentliche Verbesserung unsres ganzen Wirtschaftslebens, auch was den Preisabbau anbetrifft, tritt in den nächsten Wochen und Monaten nicht ein. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei Kartoffeln und Fleisch wird noch Ergebnisse zeitigen, die alles andre als erfreulicher Natur sein werden. In Bayern werden bereits horrende Summen für lebendes Vieh gezahlt. Fortgesetzt neue Arten von Steuern seitens des Reiches, der Länder und der Gemeinden sorgen dafür, daß die Lage der Arbeiterschaft eine immer schlechtere wird.

An einem Beispiele soll einmal gezeigt werden, was man früher für 3 Mk. alles kaufen konnte. Die „Weimarer Volkszeitung" in Jena brachte am 10. August folgende Notiz:

Der „Königliche Buchdrucker" von Antwerpen

Zum 400. Geburtstage von Christoph Plantin

> An diesem Morgen nahm Ulenspiegel seinen Stock, drei Gulden, die ihm Katheline gab, ein Stück Schweinsleber und eine Schnitte Brot und machte sich dann in der Richtung nach Antwerpen auf . . .
>
> Aus: „Charles de Costers Ulenspiegel".

Sommer war's. Wie wanderte es sich so schön durch die flandrische Ebene! Noch wußte man nichts von der großen Menschheitstragödie, die über diesem Lande herauszog, noch war beseligender Friede weit umher, und nur einem galt die Losung: Wandern, Wandern und schauend sich zurückversetzen in eine Zeit, da religiöse Inbrunst und derbe Sinnenlust im Kunstgefilde miteinander eiferten und unvergängliche Meisterwerke der Architektur und Malerei erschufen. Lüttich, Brüssel, Mecheln! In dichter Folge eine reiche künstlerische Ernte an ragenden Domen und Stadthaustürmen, an trutzigen Belfrieden und mächtig bewehrten Toren. Und da tauchte auch die schlanke Spitze der Antwerpener Kathedrale auf. Was kümmerte es den fahrenden Buchgesellen, daß der Weg heiß, die Taschen leer und der Druck in der Magengegend sich vernehmlicher meldete? Nur immerfort wandern! Das Ufer der Schelde lockte und in verdämmernden Fernen das blauende Meer. Und in der stolzen Hafenstadt wohlverwahrt das Erbe des Königlichen Buchdruckers Christoph Plantin!

Am Vrijdagmarkt zu Antwerpen das Museum Plantin-Moretus. Ein prächtiges, zweistöckiges Gebäude, trägt es über der säulenverzierten Eingangstür das Wappenzeichen seiner ehemaligen Besitzer: eine Hand, die den Zirkel schlägt, dazu das Spruchband „Labore et constantia!" („Durch Fleiß und Beharrlichkeit"). Hier ist der Ort, der dem Namen Plantin Weltruf gegeben, hier die Stätte, wo am Werke Gutenbergs in meisterlicher Vollendung geschaffen wurde. Und tritttst du näher, so umfängt dich mit ehrfürchtigem Erleben der Künste Heiligtum. Da ist der Hof. Buxhoscheiben, üppiges Rankenwerk und weltabgeschiedenes Winkelglück sind stumme und doch ach so beredte Zeugen der Jahrhunderte. Ringsum Säle und Arbeitszimmer, die pietätvolle Nachfahren einzigartig und schön wie am ersten Tage zu erhalten gewußt haben. Bücher, Schriften, Geräte und die Behausung der Plantins — alles so unsagbar herrlich und unversehrt überliefert! Alles so heut' wie gestern und vor vier Jahrhunderten!

Im Setzersaale! Die Regale in Reih und Glied. Die Kästen halb oder ganz gefüllt mit zieren Buchstaben. Vor ihnen die Sessel. Man machte es sich dazumal noch bequem. Verbrachte sitzend den Tagelauf und reihte so gemächlich Buchstaben an Buchstaben, Zeile an Zeile. An den Wänden hängen die ausgetrockneten Kolumnenschnuren geordnet oder im wirren Durcheinander. Im Hintergrund auf Tischen Linien und Schmuckwerk, Satzschiffe mit einigen 20, 30 Zeilen und eine druckfertige Form. An der linken Längsseite ein halbes Dutzend und mehr hölzerner Pressen, so wie sie Meister Gutenberg noch besessen. Gott grüß' die Kunst!, möchtest du den unsichtbaren Geistern wohl zurufen, die du noch eben in der Minute am Schaffen wähntest. Ein wirklich-unwirkliches Märchen! Alles so heut' wie gestern, und sind doch nun schon bald 400 Jahre darüber vergangen, daß in diesen Hallen des „Königlichen Buchdruckers" Christoph Plantins Setzer- und Druckersleut' werkten!

Hier ist des Hauses Sorgenkind — das Korrektorenzimmer! Ein längliches Viereck. Das Gerät: kunstvoll geschnitte Pulte und Sessel, Korrekturenbogen, Manuskripte, Wandschränke, Regale und Truhen mit Briefschaften und Defekten hoch angefüllt. Da liegt ein Revisionsbogen auf. Der Kampf mit dem Druckfehlerteufel kommt zum entscheidenden Austrage. Kein i-Tüpfelchen durfte in Meister Plantins Offizin fehlen, und wehe, wenn sich gar ein falsches Wort eingeschlichen hatte! Christoph Plantin gehörte nicht zu denen, „die lieber 6000 Fehler wie Ameisen in ihren Werken herumkribbeln sahen, als einen tüchtigen Korrektor zu bezahlen", vielmehr gewann er die gelehrtesten Männer für die Durchsicht der Probebogen, und selbst nachdem schon zum soundsovielten Male Korrektur gelesen war, brachte er noch einen Druckbogen zum öffentlichen Aushang und versprach jedem, der einen Fehler entdeckte, eine hohe Summe Geldes.

Durch die Bücherstube gelangst du in die Schriftgießerei. Auch hier viel bekanntes und mehr noch fremdartiges, primitives Handwerkszeug. Du freust dich der Schönheit und exakten Ausführung der Typen: eine elegante Kursiv, derb und breit die Antiqua und doch dem Auge wohlgefällig, und da — ist's ein Trugbild! — in Silber gegossene Buchstaben! O, man ist nicht umsonst Königlich Spanischer Buchdrucker! Der hochberühmte Christoph vermaß sich sogar, mit gleißender Silberschrift zu setzen und zu drucken. Das mußte wohl etwas recht auserlesen Schönes werden!

Weiter geht die Wanderung durch der Künste Heiligtum. Das Herz macht Freudensprünge, indes du Blatt um Blatt des Schriftmusterbuchs wendest; soviel Harmonie und edle Formgebung in einer einzigen Schriftzeile! Ein Blick in die große Bibliothek, deren Regale Bücher, Zeichnungen und selten kostbare Stiche eines Rubens und van Dyck enthalten, und endlich noch das Werk, das den Ruhm des Hauses Plantin begründet und unvergänglich gemacht hat: die „Biblia Polyglotta"! Von 1569 bis 1573 waren 40 kunstbeflissene Jünger ununterbrochen an diesem Werke tätig. Acht umfangreiche Folianten von einer unerhörten Schönheit und Klarheit gingen aus den Pressen hervor. Christoph Plantin hatte sich selbst übertroffen. Seinem Sinnspruche „Durch Fleiß und Beharrlichkeit" ward der Lohn beschieden. Und wohin du auch sonst das beglückte Auge wenden magst, der Schätze und Reichtümer des Museums Plantin-Moretus sind kein Ende. Abschiednehmend winkt dir noch eines Deutschen Gruß: Hans Staden aus Hamborge: „Eine wahrhafftige historia und beschriwing einer Landschap der wilden minschenfreter!" —

Unter den berühmten Typographenfamilien vergangener Jahrhunderte, die das Feld der Buchdruckerkunst bebauten und damit zugleich Gutenbergs Namen unsterblich gemacht haben, zählen die Plantins in erster Linie. Was Koberger — der deutsche „König der Buchdrucker" genannt — Lotther und Lufft für Deutschland, Etienne und Elzevier für Frankreich und die Niederlande sowie Aldus und Giuntas für Italien gewesen, das waren die Plantins für Belgien. Zum 400. Geburtstage des Königlichen Christoph aber quillt aus dem Wanderbüchlein, das die Antwerpener Tage in gutem Gedächtnisse bewahrt hat, die Erinnerung reich und schön.

Leipzig. Wilhelm Eule.

Einst und jetzt. Was bekam eine Hausfrau, die Sonnabends zum Einkaufen ging, vor dem Kriege für 3 Mk., und was muß sie heute für die gleichen Waren bezahlen? Eine Gegenüberstellung darüber, wie wir sie in der „Mühlhäuser Zeitung" finden, dürfte von Interesse sein: 2 Pfund Kalbfleisch früher 1,20 Mk., jetzt 20 Mk., ½ Pfund Butter früher 60 Pf., jetzt 12 Mk., ein Blumenkohl früher 25 Pf., jetzt 5 Mk., 5 Eier früher 30 Pf., jetzt 7 Mk., 1 Pfund Zucker 20 Pf., jetzt 2 Mk., ¼ Pfund Fett früher 20 Pf., jetzt 4 Mk., ¼ Pfund Hackfleisch früher 20 Pf., jetzt 5 Mk., ½ Liter Essig früher 5 Pf., jetzt 75 Pf.; zusammen früher 3 Mk., jetzt 55,75 Mk.

An den Endziffern 3 Mk. = 55,75 Mk. erblicken wir einen drastischen Beweis für unsern jetzigen schlechten Geldwert. Rund siebzehnmal mehr kostet also der Teil der wichtigsten Lebensmittel, den wir unbedingt zur Erhaltung unsrer Körperkraft brauchen, um arbeitsfähig zu bleiben. Sechs- bis siebenmal mehr als in Friedenszeiten beträgt aber nur unser jetziger Lohn.

Das zweite Beispiel zeigt eine Wochenausgabe einer sechsköpfigen Erfurter Familie in der dritten Juliwoche dieses Jahres, deren Ernährer ein monatliches Einkommen von 1100 Mk. hat (die meisten Buchdrucker erreichen diese Höhe nicht).

Es sind ausgegeben worden für: 6 Laib Brot, je 5,85 Mark, 35,10 Mk.; 70 Pfund Kartoffeln, je Pfund 60. 55 und 50 Pf., 38,50 Mk.; für Gemüse, Grüngeug und Obst 18,95 Mk.; 1½ Pfund Margarine, ½ Pfund Fett, ½ Pfund Marmelade 28,40 Mk.; 2 Pfund Fleisch, ¼ Pfund Wurst, Fische 38,50 Mk.; Mager- und Buttermilch 6,30 Mk.; Nährmittel, Kaffeeersatz, Zucker 7,20 Mk.; Salz, Essig, Gewürze, Seife u. dgl. 9,05 Mk.; Briketts und Holz 11,90 Mark; Gasverbrauch, 9 Kubikmeter, 9,90 Mk.; Mieteanteil 7/30, von 37 Mk. (rund), 12 M.; Steuerabzug (rund) 18 Mk.; zusammen 233,80 Mk. In diesen Angaben fehlen aber alle Posten, die nicht zum nackten Leben gehören, als Zeitungsabonnement, Versicherungs-, Gewerkschafts- und Parteibeiträge, alles für irgendwelche Genuß- oder Vergnügungszwecke, die einfach unmöglich sind. Nichts ist enthalten darin auch für die tausend Kleinigkeiten im Haushalt, Ersatz für Geschirr, nichts für die recht beträchtlichen Schulausgaben der Kinder, für Reparaturen an Kleidung und Schuhwerk, und doch kommt der Haushalt schon auf 233 Mk.

Diese beiden Beispiele widerlegen treffend das Geschrei über die hohen Buchdruckerlöhne, das immer und immer wieder von verschiedenen Seiten mit gewisser Absicht ertönt. Die Kosten des Existenzminimums, die im Juni gesunken waren, sind im Juli durch den Steuerabzug vom Lohn und andre Dinge wiederum beträchtlich gestiegen; von 237 Mk. auf 328 Mk. für eine Vierkopffamilie.

Auf der einen Seite immer größere Verelendung der Massen, auf der andern immer größere Anhäufung der Kapitalien, was durch folgende Notiz, die vor kurzem durch die Presse ging, bestätigt wird:

Die im Gelde schwimmenden „notleidenden Agrarier"

Wie völlig unrichtig und irreführend das Großagrarlergeschrei über die mangelnde Rentabilität der Landwirtschaft ist, lehrt wieder einmal der jetzt erschienene neue Jahresbericht der landwirtschaftlichen Bayerischen Zentraldarlehnskasse. In den sechs Jahren, von 1913 bis 1919, stieg die Mitgliederzahl von 2594 auf 2709, das Geschäftsguthaben von 4,3 auf 4,5 Mill. Mk., die Reserven aber schwollen infolge starker Abschreibungen und Rücklagen von 1,3 auf 4,2 Millionen Mark. Die Gesamtguthaben der Mitglieder wuchsen von 30,4 Mill. Mk. im Jahre 1913 auf 588,4 Mill. Mk. im Jahre 1919 an.

Was die Anhäufung der Kapitalien in der Landwirtschaft und in der Schwerindustrie anbetrifft, hat auch wenigstens bis zu einem gewissen Grade in unserm Gewerbe Gültigkeit (siehe Druckereiaufkäufe durch den Stinnes-Konzern.)

Aus all dem Angeführten muß ein jeder zu folgender Schlußfolgerung gelangen: Wir fordern zur Tarifrevision nicht eine Beibehaltung des jetzigen Zustandes, sondern eine Erhöhung unsres bis dato unauskömmlichen Lohnes!

Jena. E. Berger.

*

Beamtengehälter und wir

Der Marburger Kollege W. stellte in seinem Artikel in Nr. 87 die Forderung auf: Anpassung unsrer Lohnverhältnisse an die Beamtenbesoldungsordnung, und im weiteren: Gleichstellung des gelernten Buchdruckers mit dem Assistenten (IV. Gehaltsklasse).

Ein ausgezeichneter Vorschlag! Man kann ihm nicht laut genug beistimmen und möchte ihm die nachdrücklichste Vertretung wünschen. Aber — eine Einschränkung sei mir hier gestattet: Auf dem Wege der Zustimmungspolitik zu den Beamtenforderungen werden wir dieses Ziel niemals erreichen. Wenn wir armseligen Buchdrucker wirklich einmal mit Ach und Weh hinterhergehinkt sein sollten, dann werden unsre „weitblickenden" Arbeitervertreter in Staats- und Gemeindeparlamenten längst wieder für eine weitere Erhöhung der Beamtengehälter gestimmt haben, und immer mit der „einfachen" Motivierung des Kollegen W.: „Die Beamtengehälter sind nicht zu hoch, aber die Arbeiterlöhne sind zu niedrig."

Das ist nicht richtig. Die Sache liegt anders, denn bei uns Buchdruckern heißt es ja neuerdings immer: „Das Gewerbe verträgt es nicht mehr"; oder: „Es geht sonst zugrunde". Nun gut, wenn die Sache einmal so ist, dann, ihr Herren Kollegen in öffentlichen Körperschaften, muß es auch für euch den Beamtenforderungen gegenüber heißen: „Wir, die steuerzahlende Allgemeinheit, der Staat, vertragen es nicht mehr, der Staat geht zugrunde". Ist das nicht einfacher, Kollege W.? Wir müssen doch erst entsprechend bezahlt sein, ehe wir uns einen Luxus in Beamtensachen leisten können! Bei dieser Gentlemenpolitik der Arbeiter den Beamten gegenüber werden wir nur immer weiter unter den Schlitten kommen, werden die Abstände speziell zwischen Buchdruckerlöhnen und Beamtengehältern immer größere werden, anstatt sich zu verringern.

Man vergleiche nur das Verhältnis des Gehaltes z. B. eines unteren Post- oder Gemeindebeamten unserm Minimum gegenüber in Vorkriegs- und revolutionszeiten und heutzutage. Damals wohl ungefähr 2:3, heute 3:3, und in Zukunft, wenn es so nobel weitergeht — —? Dieser Unterschied fällt bei den vielen früher ansehnlich über Minimum Entlohnten, insbesondere aber bei den Maschinensetzern, noch bedeutend krasser aus. Gar nicht zu reden von dem Geschäft, das diese Beamtenklassen in puncto Arbeitszeit gemacht haben. Während wir — —? Ich z. B. hatte als junger Maschinensetzer den Achtstundentag schon im Jahre 1903 — und habe ihn heute halt auch noch.

Nie sollte man vergessen, wie gerechtfertigt das frühere Verhältnis 2:3 gegenüber dem heutigen ist, da doch die gesicherte Existenz, Pensionsberechtigung usw. des Beamten seine scheinbare Benachteiligung durch dies Verhältnis gegenüber dem Arbeiter vollauf aufwiegen.

Deshalb: Schafft uns Buchdruckern wieder die ehemals innegehabte materielle Position im Verhältnisse zur Beamten- und auch zu der übrigen Arbeiterschaft! Dann wollen wir schon zufrieden sein und denen danken, die dies fertig bringen. Zur Verwirklichung dieses Programms gehört aber neben den Bestrebungen auf Erhöhung unsres Lohnes als wichtigstes die kategorische Verneinung der Bestrebungen der Beamtenschaft auf höhere Bezahlung durch unsre in öffentlichen Ämtern wirkenden Kollegen und überhaupt durch alle unsre maßgebenden Organe in Tat, Wort und Schrift so lange, bis der gerechte Ausgleich erfolgt ist. Das, meine ich, wäre Realpolitik.

Leipzig. S.

*

Buchdruckerschmerzen am Setzerkasten

Vorwärtsdrängende Zeiten! Tanzend hüpfen dem armen, bis zur Erschöpfung matten Setzerlein die bunten Reihenfolgen der lebensschweren Existenzkämpfe aller Arbeiterkategorien vor den Augen auf und nieder, begierig lechzt das stürmende Buchdruckerherz nach Erfolgen, leidenschaftlich sucht es nach einem Auswege, während das sonst gesunde Auge schier geblendet wird von dem Durcheinander der furchtbaren Zahlen der Preisgestaltung aller menschlichen Lebensnotwendigkeiten. Dazu umnebelt den vom Zeitstrome mitgerissenen Buchdrucker revolutionsgeladene Luft. Es sind dies alltägliche Erscheinungen, stündliche Besorgnisse und vielmehr immer wiederkehrende Widersprüche des Lebens, die den Märtyrer des Buchstabendaseins umstürmen. Überall, wohin das Auge blickt, zeigt sich das bischen irdische Leben in der häßlichsten Form, zum Verzweifeln des gesunden Menschenverstandes. Die rauhe Wirklichkeit gibt dem ehrlichen Arbeiter einen Fußtritt, daß ihm das Herz im Leibe zittert. Rücksichtslos fährt die Furie der Profitwirtschaft des Unternehmertums (bei rühmlichen Ausnahmen), der krasse Egoismus über ihn hinweg und die fadenscheinigen Begriffe von Menschlichkeit und Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Brot fahren mit ihr in den verschwindenden Hintergrund einer „sozialen Staatswirtschaft". Tausende und abertausende Arbeiter aber werden ruhelos geplagt und tauschen ihre wertvolle Arbeitskraft je nach Bedarf des Arbeitgebers gegen Werte ein, die weder eine Garantie für eine gesicherte Lebensstellung bedeuten, noch im Verhältnisse zu dem Kaufpreise der Mark stehen, wobei die Einnahme für seinen Lebensunterhalt an die Ausgabe nicht heranreicht. Viel hochklingende Theorie, viele Experimente in der Praxis, aber die Unsicherheit der Lebensexistenz zeigt sich trotzalledem an allen Ecken.

Und, mein lieber Arbeitsgenosse: Sei einmal arbeitslos, und du wirst den ganzen Ekel der Ungerechtigkeit doppelt verspüren und dir tief in das Gewissen eingraben. Sei einmal einer Krankheit zum Opfer gefallen, und du wirst bald an den Rand der Verzweiflung getrieben, während sich deine Familie kümmerlich hindurchschlagen muß und mit Entsetzen an die Zukunft denkt. Und dem abgeschundenen Alten, der frühzeitig schlotternd in die Knie sinkt, wie ergeht es ihm? Frage auch nicht nach Ersatz verschlissener Kleidung, ausgetragener Schuhe, frage nicht nach dem morgigen Tage, denn du wirst verärgert sein, weil du die Aussichtslosigkeit recht bald einsehen wirst. Und doch sollen wir leben und doch müssen wir leben lange Zeit unter Mühsal und Entbehrungen!

Wer verstände es nicht, wenn ein Kollege den Ausspruch tut: Es ist ein trauriges Schicksal, in der heutigen Zeit Buchdrucker zu sein! Wohl ein Pionier der Arbeit, ein Intelligenzarbeiter für das Volk, aber der letzte nachhinkende Mann in der Lohnbewegung. Und alle Welt schreit nor geistigem Hunger, nach geistigem Brot! Waren die Buchdrucker nicht schaffende Staatsarbeiter? Hat man nicht schon genug von einer Not der vielen städtischen und staatlichen Beamten und Angestellten geredet, und ihre Besoldung ist auch nur für das unbedingt Notwendige geschaffen? Hat man noch nicht das Fazit gezogen und uns Buchdrucker in unsrer Notlage begriffen?

Die Neugestaltung der Tarifgemeinschaft steht vor der Tür. Unzählige Wünsche und Hoffnungen werden bereits dem Verbandsvorstand auf den grünen Tisch getragen; zum Teil wohl wiederkehrende, manche auch weit über den Rahmen des Möglichen hinausgehend. Begreiflich sind sie zweifellos alle, berechtigt nicht minder. Unsre Vertreter mögen eine einige geschlossene Masse hinter sich haben, sie mögen von einem verstärkten Vertrauen beseelt sein. Die ernste Arbeit, die bevorsteht, einige uns in dem Bewußtsein, daß es um Sein oder Nichtsein geht! Es soll und muß der Buchdrucker seines Lebens wieder froh sein können!

Altersen. R. Vierech.

*

Faktoren, wohin?

Der Faktorenbund im Rahmen der „Vertrags"gemeinschaft erfüllt nicht das, was man von ihm billigerweise verlangen muß und kann. Als ein kleines, gewissermaßen neutrales Grüppchen von leitenden Angestellten im großen, vielverzweigten graphischen Gewerbe ist er niemals in der Lage, die Interessen seiner Mitglieder nachdrücklichst wahrzunehmen. Der einzig richtige Weg — trotz der haltlosen Gegenbehauptungen — ist und bleibt die „Tarif"gemeinschaft. Der Faktorenbund ist mit der eingegangenen Vertragsgemeinschaft vom richtigen Wege der Standesvertretung abgegangen. Dieser Mißgriff muß, und zwar bald, beseitigt werden.

Will der Faktorenbund noch weiterhin die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen, dann muß er sich auch in ein Kartellverhältnis zu den übrigen graphischen Gehilfenverbänden begeben. Weiter wird der Anschluß des Faktorenbundes an den Graphischen Bund nur noch eine Frage der Zeit sein. Nur mit den Gehilfen in geschlossener Front, zur Wahrung und Versechtung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Unternehmertum, haben wir den gewünschten Erfolg! Eine besondere Standesvertretung wird sich dann auch erübrigen.

Ich glaube im Sinne der Mehrzahl meiner Kollegen zu handeln, wenn ich rufe: Faktorenbund, hinein in die Tarifgemeinschaft! K. V.

Volkswirtschaft

Zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit

I.

Die Bilanz der bisherigen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung im Zusammenhange mit ihren militaristischen und imperialistischen Trägern zeigt sich gegenwärtig für Deutschland in einer ungeheuren Verschuldung an das Ausland und in einer erschreckend zunehmenden Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche. Nach den neusten amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. August 1920 290735, die der weiblichen Erwerbslosen 105964, also insgesamt 396699, gegen 359412 am 15. Juli und 321418 am 1. Juli 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen noch 364232 Familienangehörige, die als Zuschußempfänger aus der öffentlichen Erwerbslosenunterstützung unterstützt werden müssen. Es kamen demnach am 1. August d. J. 760931, also über ¾ Millionen Menschen in Frage, für die aus öffentlichen Mitteln wegen „Mangel an Arbeit" gesorgt werden mußte. Rechnet man täglich pro Kopf rund 10 Mk., so ergibt sich eine tägliche Belastung von 7,6 Millionen Mark. Dazu kommen noch die täglichen Verluste, die infolge Brachliegens der erwerbslosen Arbeitskräfte in Rechnung gestellt werden müssen und ihrem Werte nach gut auf das Doppelte der Kosten der Erwerbslosenunterstützung zu veranschlagen sind. Auch die Verlustkosten für brachliegende Produktionsmittel müssen in Berechnung gestellt werden, deren Höhe in Anbetracht ihrer überragenden Bedeutung für den gesamten Produktionsprozeß mindestens mit den gleichen Summen einzuschätzen sind wie die Verluste durch Untätigkeit der arbeitslosen menschlichen Arbeitskräfte. Wie hoch unter solchen Voraussetzungen für die gesamte Volkswirtschaft dann noch jene Verluste sind, die durch das Verkürzarbeiten für Hunderttausende menschlicher Arbeitskräfte mit entsprechend beschränkter Ausnutzung der technischen Produktionsmittel sind, läßt sich kaum abschätzen. Es wird nicht zu hoch gegriffen sein, wenn diese Verluste in gleicher Höhe mit jenen der völlig erwerbslosen und brachliegenden menschlichen und technischen Produktionskräfte und -mittel in Ansatz gebracht werden. Zieht man alle diese „Früchte" der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in Betracht, so dürfte ein täglicher Wertverlust von rund 100 Millionen Mark für die deutsche Volkswirtschaft kaum als zu hoch anzusehen sein. Das gesamte Fazit der privatkapitalistischen oder „bewährten" Wirtschaftsordnung summiert sich demnach in der Gegenwart auf über 265 Milliarden innere Schulden, über 1000 Milliarden Papiermark Schulden an die „Sieger" des Weltkriegs als äußere Schulden, dazu monatlich 3 Milliarden Verlust durch Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Arbeitskräfte und schließlich noch die großen Summen für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Wir haben es also unter der privatkapitalistischen Ära zum größten Schuldner der ganzen Welt, ja der gesamten bisherigen Weltgeschichte gebracht. Und das verhängnisvollste dieser ganzen Entwicklung ist, daß mit jedem Tage diese Schuldenlast nicht kleiner, sondern größer wird. Jede Stunde Fortdauer des gegenwärtigen Umfangs der Arbeitslosigkeit bringt uns einen weiteren Wertverlust von etwa 4 Millionen Mark, und zwar auf Kosten aller geistig wie körperlich arbeitsfähigen, arbeitenden und nach Arbeit verlangenden Männer und Frauen. Von Stunde zu Stunde steigt der Druck dieser verkehrten Wirtschaftsordnung und steigert den Groll und den Haß der Bedrückten

gegen alle jene, die sich der Forderung einer grundlegenden Umgestaltung der bisherigen Wirtschaftsform hemmend oder feindlich in den Weg stellen.

Diese äußerst gefahrvolle Situation für die deutsche Volkswirtschaft nach innen wie nach außen erfordert es, daß wir zunächst auf deren Ursachen etwas näher eingehen, um daraus den Weg zu erkennen, der uns aus diesem Elend herausführt. Die Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskatastrophe liegt darin, daß, obwohl ein ungeheurer Warenmangel besteht, viel zu wenig produziert wird, Betriebe stillgelegt und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Daraus ergibt sich vor allen Dingen die Verantwortlichkeit des Unternehmertums für die gegenwärtige Krise. Das Unternehmertum pfeift auf die Interessen der Allgemeinheit und orientiert seine geschäftlichen Dispositionen nur nach unmittelbaren Konjunkturinteressen. Heute lautet die Parole des Unternehmertums: lieber Betriebsstillegung, als auf Vorrat weiter zu produzieren. Statt die Kraft und Macht der Unternehmerverbände für die Pflichten und Verantwortlichkeit der Allgemeinheit gegenüber einzusetzen, sehen wir diese nur in der Rüstung gegen die Arbeiter begriffen. Sie leben noch in dem alten Wahne, daß sie mit Gewalt ihre bisherige Vorherrschaft auf allen wirtschaftlichen Gebieten aufrechterhalten können. Für sich selbst nehmen die Unternehmer in Anspruch, daß ihr persönliches Geschäftsinteresse die freie Auswirkung des sogenannten Unternehmergenies allein die Möglichkeit guter wirtschaftlicher Leistungen verbürge. Für sie selbst sind Arbeitslust und Schaffensfreude, die freiwillige seelische Anteilnahme an einer Tätigkeit selbstverständliche Vorbedingungen hochwertiger Leistungen. Das gleiche Grundgesetz wollen sie aber für die Arbeiterschaft nicht anerkennen. Der Arbeiterschaft gegenüber sind sie von dem Irrwahne befangen, daß durch Anwendung von Zwang innere, seelische Kräfte ausgelöst werden könnten, die eine Steigerung der Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeit bewirken! Darum schreien sie nach Zwangsmaßregeln gegen die Arbeiterschaft, suchen diese durch Entlassungen und Hungerpeitsche ihrer egoistischen Profitsucht gefügig zu machen. Daß sie dadurch nur das Gegenteil des Erstrebten erreichen, leuchtet ihnen nicht ein; obwohl sie die gleichen Wirkungen an sich selbst feststellen könnten, wenn ihnen nicht durch die egoistische Einseitigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsform der einfache gesunde Menschenverstand verkrüppelt worden wäre.

Und leider finden die Unternehmer auf diesem Irrweg auch die Mehrheit der sogenannten Politiker oder Gesetzesmacher als Weggenossen. Das zeigt sich an zwei neuen Gesetzentwürfen über die Erwerbslosenfürsorge und über die Arbeitsnachweise. Beide wurden vor kurzem verschiedenen Interessentenorganisationen zur Begutachtung vorgelegt. Der Gesetzentwurf über die Erwerbslosenfürsorge beschäftigte kürzlich den deutschen Reichstag und führte zu scharfen Auseinandersetzungen, ohne jedoch zu einem irgendwie befriedigenden Resultat zu führen. Denn der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf über die Erwerbslosenversicherung sucht lediglich die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die davon Betroffenen zu mildern und sie vor gänzlicher Verelendung zu bewahren, während der Gesetzentwurf über die Arbeitsnachweise eine schnellere und zweckmäßigere Arbeitsvermittlung begünstigen soll. Beide Gesetze treffen also das Übel nicht an der Wurzel; sie stellen lediglich Palliativmittel dar und werden voraussichtlich auch noch längere Zeit bis zu ihrer Inkraftsetzung beanspruchen. Das brennendste Problem der Gegenwart wird also durch sie nicht gelöst. Es sind Wechsel auf die Zukunft, von denen die Gegenwart gar keinen Nutzen hat. Zudem kommt noch in Frage, daß beide Gesetze allzusehr in den ausgetretenen und stagnierenden Bahnen der amtlichen Bureaukratie verankert sind und jedes belebenden Zusammenhangs mit den eigentlichen Arbeiterorganisationen entbehren. Es würde zu weit führen, wenn wir uns an dieser Stelle auf diesbezügliche Einzelheiten einlassen wollten. Wir möchten nur kurz zum Ausdruck bringen, daß wir beiden Gesetzen nur dann eine segensreiche und zweckmäßige Wirkung zusprechen können, wenn als deren maßgebende Träger die Gewerkschaften anerkannt würden. Dadurch würde nicht nur deren praktische Durchführung, sondern auch ihre Wirksamkeit in durchgreifender Weise möglich sein. So, wie die Dinge durch die beiden Gesetzentwürfe jetzt vorgesehen sind, bedeuten sie nur eine Erweiterung des amtlichen bureaukratischen Systems und eine Verewigung der Klassengegensätze. Die deutschen Gewerkschaften haben sich zu maßgebenden Organisationen der deutschen Kopf- wie Handarbeiter entwickelt. Sie verfügen über den erforderlichen Verwaltungsapparat zur Durchführung einer zweckmäßigen Arbeitsvermittlung wie der Erwerbslosenfürsorge, wie ihnen moralisch endlich auch das Recht zugesprochen werden müßte, als Organisationen der menschlichen Arbeitskräfte zum Wohle des Staates und der Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft diesen Teil der sozialen Aufgaben selbst zu verwalten.

Das Gebot der Stunde erfordert dabei vor allen Dingen eine möglichst rasche und gründliche Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für alle Arbeitslosen. Sie, die Arbeitslosen wollen keine Unterstützung, sie wollen Arbeit! Sie wollen Arbeit und kein Almosen. Das liegt ethisch wie materiell nicht nur im Interesse der Arbeitslosen, sondern des gesamten Volkes und der Volkswirtschaft. Die Beseitigung aller privatkapitalistischen Widerstände auf diesem Gebiete ist viel wichtiger als die tiefsinnigste Auskklügelung jeder Erwerbslosenfürsorge. Wenn eine Erweiterung der Arbeitsgelegenheit nicht mit aller Macht angestrebt und erreicht wird, dann ist auch die beste Organisation der Arbeitsnachweise wertlos. Denn diese kann doch nur offene Stellen nachweisen und vermitteln, wenn solche vorhanden sind. Es sind daher im Interesse eines endlichen Neuaufbaus der deutschen Volkswirtschaft alle Widerstände zu beseitigen, die daran schuld sind, daß alle jene, die arbeiten wollen, keine Arbeitsgelegenheit finden. Der deutsche Reichstag hatte sich am 4. und 5. August d. J. mit sozialdemokratischen Interpellationen in dieser Richtung zu beschäftigen. In vorzüglicher Weise wurde bei dieser Gelegenheit von allen Rednern der politischen Arbeiterparteien die Sabotage der deutschen Unternehmer durch Betriebsstillegungen samt ihrer gemeingefährlichen Preispolitik beleuchtet und die Umstellung der gesamten Produktion in eine gemeinwirtschaftliche, d. h. sozialistische, gefordert. Leider führte diese parlamentarische Auseinandersetzung nach beinahe zweitägiger Debatte nur zu der Erklärung des neuen Reichsarbeitsministers, wonach die Karenzzeit zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung für Kurzarbeiter in Wegfall kommen soll. Bezüglich der Sozialisierung betonte der Minister, daß die Reichsregierung dieser nicht aus dem Wege gehe, und daß sie auf dem Beschlusse des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli auf Einführung der Gemeinwirtschaft im Bergbau unter Hinzuziehung der Arbeiter steht. Der Wirtschaftsminister habe ferner den Auftrag erhalten, auch auf der Grundlage der demnächst herauskommenden Beschlüsse der Sozialisierungskommission weiter zu arbeiten. Schließlich gab der Reichswirtschaftsminister noch die Zusage, daß den Ländern weitere 35 Mill. Mk. für besondere Unterstützung der langfristig Erwerbslosen gewährt werden sollen; durch entsprechende Zuschüsse der Länder und Gemeinden soll diese Summe auf insgesamt 60 Mill. Mk. erhöht werden. Zum Schlusse wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag, der die Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge auf das Existenzminimum fordert, und die sich daraus ergebende Differenz bis zum 1. März rückwirkend nachzuzahlen sei, daß Arbeitsbeschaffung durch Wiederaufnahme geeigneter stillgelegter Betriebe erfolgen, daß weitere Stillegungen von Betrieben und Entlassungen von Arbeitern zu verhindern, und daß die Kurzarbeiter aus der Erwerbslosenfürsorge eine ihrem Verdienstengang entsprechende Unterstützung erhalten sollen, dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Berücksichtigung überwiesen. Leider stehen aber alle diese Anregungen und Anträge vorläufig nur auf dem Papiere. Die bureaukratischen Instanzen suchen die von der Reichsregierung gegebenen Versprechungen bezüglich der Erwerbslosenfürsorge auch heute noch fast durchweg zu ignorieren oder abzuschwächen. Und die Unternehmer fahren nach wie vor weiter mit dem Stillegen von Betrieben. Sie suchen alle Kräfte für die Erhaltung ihrer privatkapitalistischen Vorherrschaft zu sammeln. Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit am 13. August bei Verhandlungen der vereinigten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats für Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Vorschläge eines Unterausschusses zur Durchführung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge, die wir in Anbetracht ihrer Wichtigkeit für das ernste Problem einer wirklich durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in einem weiteren Artikel etwas eingehender beleuchten wollen.

(Hierzu eine Beilage.)

Tüchtiger
Linotypesetzer
für Multi-Ideal zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote erbittet
Buchdruckerei Alb. Pfeiffer, Solingen.

Zum 5. September [990
Typographsetzer
für A und Universal-B gesucht. Nur flotte Setzer und gute Maschinenkenner wollen sich melden.
„Volkswille", Münster.

Tüchtiger
Monolinesetzer
in angenehme Dauerstellung sofort gesucht. [992
Hugo Brügge, Hamburg 8, Grötzinger Straße 21.

Flotter Setzer
21 Jahre alt, firm in allen Satzarten, auch an der Schnellpresse nicht unerfahren, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, sofort oder später Stellung. Gefl. Angebote unter 999 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kriegs-
beschädigter Setzer (22 Jahre, ledig) mit ½jähriger Ausbildung an der „Linotype" sucht für sofort Anfangsstellung als Maschinensetzer. Eventuell Halbschicht.
Gefl. Angebote unter K. 996 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger
Schweizerdegen
18 Jahre alt, flotter Tiegeldrucker, sucht sofort Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich weiter auszubilden. Entlassungsgrund ist Arbeitsmangel. Gefl. Angebote unter A. B. 984 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linotypesetzer
tüchtiger Arbeiter, guter Maschinenkenner (alle Modelle), 25 Jahre, sucht Dauerstellung. Gefl. Angebote an [959
Engel, Berlin N 31, Usedomstraße 15.

Junger Linotypesetzer
einjährige Praxis, mit einfacher und Mehrmagazin-Maschine vertraut, sucht sich möglichst bald nach Norddeutschland zu verändern. Zur Zeit in ungekündigter Stellung im Rheinland. Off. u. Nr. 979 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Monolinesetzer
firm in jeder Beziehung, mit langjähriger Praxis, auch im Handsatze bewandert, ledig, sucht Dauerstellung in Mittel- oder Süddeutschland. Gelegenheit zum Erlernen eines andern Systems erwünscht, aber nicht Bedingung. Antritt sofort oder später. Gefl. Angebote unter Nr. 1 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger, flotter
Maschinenmeister
an Schnell- und Tiegelpresse firm, sucht Kondition. Offerten erbeten an [986
B. Wißmann, Stettin, Frankenstr. 9a.

Strebsamer
Maschinenmeister
19 Jahre alt, mit Schnellpresse und Tiegel vertraut, wünscht sich zu verändern. Angebote unter P. H. 994 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Egal wohin! Tüchtiger
Schriftgießer
vertraut mit Komplettmaschinen und allen sonst vorkommenden Arbeiten, sucht für sofort oder später Dauerstellung, auch Hausgießerei angenehm. Gefl. Off. unter Nr. 972 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61323

10 Proz. monatl. Abzahlung
„Casanovas Erinnerungen"
in 6 Bänden gebunden 216 Mk.
Einzige vollständige deutsche Ausgabe, ins Deutsche übertragen von
Heinrich Conrad.
C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Welcher Kollege, der in letzter Zeit sich der
Meisterprüfung
unterzogen hat, würde einem Kollegen mit Rat zur Seite stehen? Offerten unter Nr. 3 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene
Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5
überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Gebrauchte Fachlehrbücher
noch gut erhalten, kauft jederzeit
Graph. Verlag K. Siegl, München 9.

Werkzeuge für Setzer
Werkzeuge f. Drucker
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.). Postscheckkonto 53430.

Kaufmännische Organisation
der Buchdruckereien (Buchführung, Preisberechnung). Geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 50 Pf.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoersparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark jedoch kein Stadtnotgeld, sondern Briefmarken.

Der Graphische Klub Stuttgart sucht, da beim Verlage vergriffen, Heft 1 u. 3 der
Typographischen Jahrbücher 1919
Zu senden an F. Pfund, Stuttgart, Furtbachstraße 12. [4

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [663
Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Reparaturen, Montagen
an sämtl. Maschinen des graph. Gewerbes werden gut u. billig ausgeführt. Langjährige Erfahrungen, reelle Bedienung.
L. Mortensen, Düsseldorf-Unterrath.

Nur durch genauste Kenntnis des inneren Menschen erhalten Sie Ihre Gesundheit. Bestellen Sie daher die farb. zerlegbaren anatom. Modelle des männl. u. weibl. Körpers f. 4,50 Mk. Nachn. extra. Buchverl. „Ilspech", Friedrichsfeld b. Wesel. [5

O u. X Beine
beseitigt
schnell u. bequem Orthopag
hochinteressante, reichillustr. Prospekte umsonst.
Orthopag-Verlag
Friedrichroda (Th.) 219

Verspätet eingetroffen.

Am 11. Juli verstarb plötzlich nach nur schsläuiger Krankheit an der Lungenentzündung unser lieber Kollege, der Setzer [2

Paul Reuschel

im Alter von 52 Jahren.

Sein biederer Charakter und sein echt kollegiales Wesen sichern ihm ein dauerndes und ehrenvolles Andenken auch über das Grab hinaus.

Bezirksverein Bromberg.

Am 18. August verstarb unser lieber Kollege, der Korrektor-invalide [997

J. C. L. Mütel

aus Hamburg, im 75. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 20. August verstarb nach kurzer Krankheit an Genickstarre unser lieber Kollege, der Drucker

Fritz Seyffert

aus Bremen, im Alter von 25 Jahren.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Bremer Buchdruckerverein.

Am 21. August verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Korrektor

Karl Gabel

im 55. Lebensjahre. [991

Wir beklagen in dem Heimgegangenen einen treuen Kollegen, dem wir ein bleibendes Andenken sichern werden.

Die Kollegen der „Dresdener Nachrichten".

Am 22. August verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege [995

Friedrich Klein

im 56. Lebensjahre.

Ein treues Gedenken bewahren ihm

Die Kollegen der Firma B. G. Teubner, Leipzig.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 95. — Leipzig, den 26. August 1920

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

„Falsche Einstellung"

Auf den von mir eingesandten Artikel „Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung" in Nr. 86 veröffentlicht Kollege Pötsch in Nr. 92 eine Erwiderung, welche mich zur erneuten Stellungnahme zwingt. Ich möchte nicht dabei auf Einzelheiten eingehen. Kollege Pötsch muß zu falschen Schlüssen kommen, da er auf dem Standpunkte steht, daß die von den Gewerkschaften bisher betriebene Politik richtig war. Er sowohl als auch verschiedene andre Kollegen gehen dabei von dem Standpunkt aus, daß die Arbeitsgemeinschaften gut sind, weil auf einem wirtschaftlichen Trümmerfelde der sozialistische Staat nicht aufgebaut werden kann. Dasselbe behauptete auch Kollege Massini in seinem Berliner Berichte. Demgegenüber stehen wir auf dem Standpunkte, der ja auch im historischen Materialismus begründet ist. Danach erwächst die Notwendigkeit zur Schaffung der sozialistischen Gesellschaft gerade aus der Unmöglichkeit, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Bedürfnisse der Glieder dieser Gesellschaft zu stillen. Aus dem Trümmerfeld erwächst also die Notwendigkeit, alle Drohnen abzuschütteln und sie als werktätige Menschen in den Dienst der Allgemeinheit zu zwingen.

Aber wie sieht denn die von den Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit betriebene Politik des Wiederaufbaus aus? Daß die Verhältnisse glänzend sein sollen, wird niemand verlangen. Aber nicht der kleinste Ansatz zur Besserung ist vorhanden. Ganz abgesehen davon, daß die Versuche des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Wissell, ein klein wenig Planmäßigkeit in unsre Wirtschaft zu bringen, mit an der Passivität des Gewerkschaftsbundes scheiterten, stellt sich die ganze Wirtschaftsführung unter der vom Gewerkschaftsbunde propagierten formalen Demokratie als eine Katastrophe dar. Milliardenwerte wichtiger Produktionsmittel gingen in das Ausland. Ein Gesetz zur Erfassung der Valutagewinne vermochte der Gewerkschaftsbund erst vom 10. Mai d. J. an zu erwirken. Also von einem Zeitpunkt ab, wo es so gut wie keine Valutagewinne mehr gab. Unter der Ära der Arbeitsgemeinschaften wurde ein derartiger Wucher mit Rohstoffen getrieben, daß die Warenpreise weit über unsre Kaufkraft stiegen. Die Konsumtion mußte nachlassen und die Folge ist, daß wir heute vor katastrophalen Produktionseinschränkungen stehen.

Mancher ist vielleicht versucht, dies als Ausgeburt einer überradikalen Phantasie zu halten. Diesem rate ich, den Bericht des Unterausschusses des Reichswirtschaftsrats in bezug auf den Antrag Wissell zu lesen. Er bestätigt unsre Auffassung. Ist es nicht geradezu eine Anklage gegen die vom Gewerkschaftsbunde betriebene wirtschaftliche Politik, wenn der Bericht sagt:

> Es ist festgestellt worden, daß nahezu überall schwere Absatz- und Produktionsstockungen entweder schon eingetreten oder demnächst zu erwarten sind. Sie haben ihre Ursachen nicht in einer Überproduktion, sondern in einer Unterkonsumtion, die überall auf die Steigerung der Warenpreise weit über die allgemeine Kaufkraft hinaus zurückzuführen ist. Diese Steigerung hat ihre Ursache im allgemeinen und in der Hauptsache nicht in der Höhe der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, sondern in erster Linie in den hohen Rohstoffpreisen. Neben ungerechtfertigt hoch erscheinenden Rohstoffpreisen kommen zum Teil übermäßige Fabrikations- und Handelsgewinne sowie unwirtschaftliche Produktions- und Betriebsmethoden als erhebliche Ursache der überhohen Preise in Betracht.

Doch nicht ungewarnt sind die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft an dieser Katastrophe mitschuldig geworden. Ihr eignes Organ, der „Vorwärts", brachte am 5. Dezember 1919 einen Artikel des Genossen Osterroth. Derselbe wies auf die Preistreibereien am Kohlen—Eisen—Kalimarkt hin und schloß:

> Alles in allem: Die Preispolitik, die wir jetzt erleben, droht die Wirtschaft zu erdrosseln, statt ihr auf die Beine zu helfen; die Preiskrisis muß gelöst werden im antikapitalistischem Sinne. Dieser „Produktionsanreiz" hilft nur einigen wenigen privatkapitalistischen Monopolisten; das Volk aber und seine Wirtschaft treibt er dem Abgrunde zu. Die Rohstoffkrise ist zu lösen, wenn sich Einsicht und Tatkraft paart, wenn man die Vorbedingung dazu schafft und die Rohstoffquellen schleunigst voll erschließt.

Und der „Vorwärts" bekräftigte diese Ausführungen in einem weiteren Artikel, welcher schloß:

> Die Ausführungen des Genossen Osterroth, die an der Spitze dieses Blattes abgedruckt wurden, reden eine deutliche Sprache. Von einem flammenden Proteste der Arbeitervertreter in den beteiligten Arbeitsgemeinschaften gegen die Preistreiberei haben wir noch keinen Laut vernommen. Da haben wir denn den schönsten Fachkapitalismus: Arbeiter friedlich Seite an Seite mit den Unternehmern — dann eine Klufft. Auf der andern Seite der Verbraucher — ihn beißen die Hunde!

Wir warnen vor dieser Politik, die die Arbeiterschaft auf das schwerste gefährdet, das Proletariat schwächt.

Nun, da diese verbrecherische Profitpolitik der Unternehmer uns unter ihren Trümmern fast begräbt, und der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats diese Tatsachen festnageln muß (von dem flammenden Proteste der Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften hat man bis heute noch nichts gehört) glaubt Kollege Pötsch noch heute diese Politik befürworten zu müssen, trotzdem seine Freunde in Nürnberg unverkennbar zum Rückzuge geblasen haben. Man wollte es ja noch nicht ganz eingesehen, daß die Arbeitsgemeinschaften, welche wir von Anfang an bekämpft, versagt haben. Statt dessen schob man langsam die Türe der Arbeitsgemeinschaften auf, wie es der Kollege Graßmann in Nürnberg tat: „Wir sind ja nicht auf Gedeih und Verderb mit den Unternehmern verbunden; wenn die Arbeitsgemeinschaft unsern Erwartungen nicht entspricht, treten wir aus."

Wir brauchen diese krummen Wege nicht! Für diejenigen, deren objektives Urteil noch nicht getrübt ist, ist durch die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats erneut bewiesen, daß unsre eignen Vertreter nicht imstande waren, mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften die Dinge zu bessern. Sie konnten es nicht; nicht, weil ihnen der gute Wille mangelte, sondern weil ein paritätischer Klub nicht das Mittel ist, in der heutigen Situation die Dinge zu meistern.

Nicht mit, sondern gegen die Unternehmer wollen wir den sozialistischen Staat schaffen! Wir wollen nicht die Diktatur des profithungrigen Kapitals durch Arbeitsgemeinschaften verkleistern, sondern dieser kapitalistischen Diktatur die proletarische Diktatur gegenübersetzen. Die Diktatur, welche in Wirklichkeit keine ist, weil alles in ihr aus der Notwendigkeit erwächst. Und daß man mit der Kunst des im kapitalistischen Staate Möglichen unser Trümmerfeld nicht aufbauen kann, sollten die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben. Und wenn sich Kollege Pötsch und alle, die es ernst meinen mit dem sozialistischen Wiederaufbau, sich diese Erfahrungen zunutze machen, dann werden wir in den Gewerkschaften die Politik des Nötigen treiben können. Daß es aber dahin kommt, wird die wirtschaftliche Entwicklung bewirken.

Auch die gesamtpolitische Lage wird uns vielleicht in Kürze vor die Frage stellen: London oder Moskau. Und da wird die Arbeiterschaft Deutschlands nicht nach London schauen, da für die englische Arbeiterschaft als Mitausbeuter von Kolonien ganz anders gelagerte ökonomische Bedingungen in Frage kommen. (Wir meinen einmal, daß von einem „sozialistischen Wiederaufbau" gar nicht gesprochen werden kann, wohl aber von dem sozialistischen Neuaufbau. Dann haben wir eine ganz andre Meinung von der Auffassung und den Bedingnissen der englischen Arbeiter. Kollege Schmidt kann sich darüber aus dem Leitartikel von Philipp Snowden (London) über „Kommunismus in England" im „Vorwärts", Morgenausgabe vom 21. August, ohne Umstände neu orientieren. Einwendungen andrer Art unterlassen wir, um die Debatte abzukürzen. Red.) Streiten wir also heute nicht, wer auf dem richtigen Weg ist. Die Geschichte wird dereinst ihr Urteil sprechen.

Berlin. Karl W. Schmidt.

Zum Artikel „Gegensätze"

Sie haben, lieber Kollege Treumann, über meinen Artikel „Gegensätze" in Nr. 86 des „Korr." viel zu wenig nachgedacht und ihn deshalb auch nicht richtig verstanden. Allerdings ist der Radikalismus die Wirkung von Ursachen, die in der „brutalen Macht der Bourgeois", wie Sie sich auszudrücken belieben, liegen; in ihr liegt der Egoismus als Ursache. Der Radikalismus aber stellt sich in Gegensatz zur „brutalen Macht der Bourgeois", so daß sich hier zwei egoistische Prinzipien gegenüberstehen und dadurch der Radikalismus als Wirkung wieder zur Ursache wird, die neue Wirkung haben muß. Denn was ist Radikalismus anders als Egoismus, wenn er die Diktatur über seine Mitmenschen verlangt?

Ist es nicht Egoismus, wenn die eine Seite der andern das nicht gewähren will, was sie selbst beansprucht? Betrachten Sie doch, bitte, das Wort „Selbstsucht" als Egoismus! Das ist keine Ausgleichung der Gegensätze, das ist niedriger Egoismus, der immer Ursache ist. Hier haben sich eben die Gegensätze je auf halbem Weg entgegenzukommen und sich beiderseits Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Mit dem „Kapital als Ursache" verwechseln Sie die Begriffe. Nicht das Kapital selbst ist Herrschaft oder Ursache, sondern der Kapitalismus. Also dessen System, seine Anwendung und Organisierung in egoistischem Sinne stellt die Ursache dar, deren Wirkung die Gegensätze hervorruft. Kapital und Arbeit aber können sich gegenseitig ausgleichen, sobald der Egoismus ausgeschaltet ist; so ist das Kapital nicht der Gegensatz zur Arbeit, sondern das Mittel zum Zwecke der Ausgleichung.

Die Entwicklung der Welt beruht, wie ich ja in meinem Artikel „Gegensätze" deutlich gesagt habe, auf dem Gesetze der Kausalität; aus ihr entspringt wiederum das Gesetz der ausgleichenden Gerechtigkeit. Demzufolge ist Ursache und Wirkung Ausgleichung, die keine Verschärfung der Gegensätze duldet, da im andern Falle wir die bittere Wirkung am eignen Leibe zu spüren bekommen, und zwar mit unfehlbarer Sicherheit. Diese Logik ergibt sich aus den gesetzmäßigen Vorgängen der Natur. Beobachten Sie scharf, Herr Kollege, und Sie kommen zu der Erkenntnis, daß der Radikalismus nicht geeignet ist, das schwierige Problem der „Quadratur des Zirkels" zu lösen.

Leipzig. Hugo Reichenbach.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Sechste Ausschußsitzung

Am 17. und 18. August fand in Berlin wieder eine Sitzung des Ausschusses statt. Das Kohlenabkommen von Spa und die dadurch wieder aufgeworfene Frage der Überschichten im Bergbau gaben die Hauptveranlassung dazu. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes machten sehr bemerkenswerte Ausführungen zur Sachlage. Verhandlungen über die Verlängerung des Überschichtabkommens stehen dicht bevor. Für die Arbeiterschaft wie für die Förderung sei eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit einer Einschaltung von mehreren wöchentlichen Überschichten vorzuziehen. Dagegen machten sich indes Widerstände andrer Gewerkschaftskreise geltend, die eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung befürchteten. Eine Verständigung mit den Gewerkschaften sei daher notwendig. Der Ausschuß kam nach eintägiger Aussprache über diese Angelegenheit zu folgenden Beschlüssen: Der Bundesausschuß bringt zum Ausdruck, daß die Hebung der Kohlenförderung nicht durch eine dauernde Überarbeit der Bergarbeiter erzielt werden kann. Wenn trotzdem vorübergehend zu solchen Ausbilfsmitteln gegriffen wird, so kann dies nur für zulässig erklärt werden, wenn sofort versucht wird, durch andre Vorkehrungen die Kohlenförderung auf die unbedingt notwendige Höhe zu bringen. Der Bundesausschuß fordert deshalb von der Regierung, daß

a) die Sozialisierung der Kohlengewinnung und -verteilung in Angriff genommen und spätestens im Oktober 1920 dem Reichstag ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird;
b) die vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bestandenen Rechte der Betriebsräte nicht geschmälert, sondern erweitert werden. Diese Erweiterung der Rechte muß sich besonders auf die Kontrolle der Produktion, des Absatzes, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung im allgemeinen wie für die Nebenbetriebe und Hüttenzechen erstrecken;
c) die Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln dauernd und ausreichend sichergestellt wird;
d) die technischen Vorbedingungen zur Einführung der Sechsstundenschicht für die unterirdischen Steinkohlenbergarbeiter auf internationaler Grundlage baldigst erfüllt werden. Bis dahin ist den Bergarbeitern die jetzt tariflich vereinbarte Schichtzeit zu sichern. Etwa darüber hinausgehende notwendige Arbeit ist als Überschicht oder Überstunden zu bewerten und zu bezahlen.

Sodann stimmte der Ausschuß der Einberufung des ersten Kongresses der Betriebsräte Deutschlands, dem dafür aufgestellten Vertretungsmodus und dem zu veröffentlichenden Aufrufe zu und nahm eine Information über die Streitigkeiten in Berlin zwischen den verschiedenen Betriebsrätezentralen entgegen.

Die entgegen den gesetzlichen Vorschriften von den Finanzbehörden versuchte Heranziehung der Gewerkschaften zum Reichsnotopfer und zur Kapitalsteuer führte zu der Instruktion an die Vorstände, die Veranlagung zum Reichsnotopfer abzulehnen und gegen jeden Einzelfall der Erhebung von Kapitalertragssteuer im Beschwerdewege vorzugehen und die Rückerstattung der Beträge zu verlangen. Für letzteres soll ein einheitliches Formular ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Gegen die Absicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den diesjährigen internationalen Gewerkschaftskongreß in Brüssel abzuhalten, wurde Einspruch erhoben mit der Begründung, daß den deutschen Gewerkschaften dadurch die Teilnahme äußerst erschwert würde. Es wurde als Tagungsort Kopenhagen in Vorschlag gebracht und beschlossen, sich an einem Kongreß in Brüssel nicht zu beteiligen.

Der Ausschuß stimmte einer am 29. Juli in Teplitz getroffenen Vereinbarung über Gegenseitigkeitsverträge zwischen den Gewerkschaften Deutschlands und denen der Tschechoslowakei zu. Die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind danach bestrebt, sich mit der tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei über die Einsetzung eines gemeinsamen paritätischen Gewerkschaftsausschusses zu einigen, der zugleich nach außen hin als Landeszentrale der Tschechoslowakei gelten und die internationalen Gegenseitigkeitsverträge regeln soll, soweit nicht die internationalen Berufsverbindungen darüber selbständig bestimmen.

Der Abbruch des internationalen Boykotts gegen Ungarn verursachte eine längere Aussprache. Gegen die deutschen Gewerkschaften sind Vorwürfe erhoben worden, daß sie bei der Durchführung des Boykotts versagt hätten. Dabei wurde dargelegt, daß der Boykott vom Internationalen Gewerkschaftsbund ohne vorherige Verständigung mit den in Betracht kommenden Ländern beschlossen und nicht genügend vorbereitet worden sei. Versagt hätten nicht die deutschen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften derjenigen Länder, aus denen die für Ungarn bestimmten Erzeugnisse kamen. Für Deutschland kam die Durchführung des Boykotts viel weniger in Frage als für die an Ungarn grenzenden Länder. Aus dem verunglückten Experiment müsse die Lehre gezogen werden, ein andres Mal sich vorher über die Erfolgsmöglichkeiten klar zu werden und solche Aktionen einheitlicher und sorgfältiger vorzubereiten.

An letzter Stelle wurde vor der Förderung deutscher Einwanderung nach Sowjetrußland gewarnt, da dort zur Zeit für deutsche Industrie- wie auch Landarbeiter alle Voraussetzungen erfolgreicher Betätigung und auch nur der Fristung der kärglichsten Existenz fehlen. Rußland komme gewiß für die künftige Auswanderung ganz hervorragend in Frage, aber hierfür müßten die Bedingungen und Ausnahmemöglichkeiten erst durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und durch Sachverständigenausschüsse geordnet und vorbereitet werden. Ein Aufsatz im „Textilarbeiter", der den Anschluß an eine sogenannte Deutsch-Russische Industriegewerkschaft empfahl, eine höchst zweifelhafte und schädliche Gründung politischer Geschäftskreise, wurde allgemein mißbilligt. Die Arbeiterschaft kann nicht entschieden genug vor solchen Auswanderungsgesellschaften gewarnt werden.

Korrespondenzen

yr. **Bielefeld.** Am 15. August fand eine öffentliche Buchdruckerversammlung der tarifstreuen Buchdruckergehilfen Bielefelds statt zwecks Aufstellung der Kandidaten für den Bezirkslehrlingsausschuß. — Daran anschließend Mitgliederversammlung, in welcher der Vorsitzende Löschner den Protest des Gehilfenvertreters gegen die von dem Prinzipalsbezirksverein Bielefeld beantragte Überweisung des Bezirks Bielefeld an den Tarifkreis I (Hannover) bekannt gab. Die Versammelten waren mit dem Protest einverstanden. Hierauf schilderte der Vorsitzende in längeren Ausführungen die Praktiken der aus der Tarifgemeinschaft ausgetretenen Druckerei der Anstalt Bethel. Nachstehende vier Verbandsmitglieder: Franz Bräuer und Erich Steinbrecher (Maschinenmeister), Albert Petzold (Setzer) und August Meyer (Stereotypeur), haben den sogenannten Anstaltsrahmentarif, der Lohnsätze vorsieht, die weit unter Tarif stehen, anerkannt. Diese Auch-Kollegen wurden selbstverständlich aus unsrer Organisation ausgeschlossen. Der amtliche Schlichtungsausschuß hat sich in letzter Zeit öfters mit den Praktiken der Anstalt Bethel beschäftigen müssen, so erst am 13. August wieder, weil zwei Maschinenmeister gekündigt worden sind, ohne daß eine vorherige Verständigung mit dem Betriebsrat erzielt worden war. Laut Schiedsspruch muß die Anstalt an einen Gehilfen (verheiratet) nach Ablauf der Kündigung noch sechs Wochen lang den vollen Lohn weiterzahlen, an den andern (ledig) ist der Lohn noch eine Woche nach Ablauf der Kündigung voll zu zahlen. Ein früherer Spruch des Schlichtungsausschusses, wonach die Anstalt verpflichtet ist, den Tariflohn mit rückwirkender Kraft samt den inzwischen eingetretenen Lohnerhöhungen zu zahlen, wurde von der Anstalt nicht anerkannt, worauf wir uns an den Demobilmachungskommissar mit der Bitte wandten, den Spruch rechtsverbindlich erklären zu lassen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß in diesem Spruch ausdrücklich das an Schmutzkonkurrenz grenzende Gebahren der Anstalt festgenagelt ist. Die beiden Maschinensetzer sind in einer andern hiesigen Druckerei untergebracht. Als Ersatz haben zwei „Kräfte" aus einer Anstalt in Neumünster angefangen. Auch hier hat sich die Anstalt um bestehende Gesetze nicht gekümmert, wogegen wir ebenfalls eingeschritten sind. Alle die Machenschaften beweisen, daß die Anstaltsleitung trotz ihrer vielgepriesenen Christlichkeit und Nächstenliebe absolut arbeiterfeindlich ist. Der Faktor Giesching als Leiter dieser Druckerei hat sich bei den hiesigen Buchdruckern ein „dauerndes Andenken" gesichert. Der Vorsitzende forderte die übrigen Kollegen zu treuem Zusammenhalten auf, zumal auch der Verbandsvorstand weitgehendste Unterstützung zugesichert hat. Hierauf hörte die Versammlung einen interessanten Vortrag des Studienrats Dr. Bauer über „Wissenswertes vom Leben und Wirken Lassalles". Den Kassenbericht gab in gewohnter Weise der Kassierer Holz. Kassenbestand 2459,57 Mk., Mitgliederzahl 375. Beschlossen wurde noch, den hier übernachtenden wandernden Kollegen das Schlafgeld zu bezahlen.

Rundschau

Offene Stelle für Schwerkriegsbeschädigten. Ein Korrektor, der über ausgedehnte Praxis im Akzidenzkorrektur-lesen, insbesondere auch im fremdsprachlichen, wie englischen, französischen und spanischen Text bewandert sein muß, außerdem den Stand und sonstige Ausstattung beim Korrektur-lesen zu beachten hat, kann Stellung in Mannheim finden. Bewerbungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu richten.

Heimatlose Buchdruckergehilfen. Das Tarifamt bittet wiederholt um Meldung offener Stellen für die bei ihm eingetragenen 9 Setzer, 1 Maschinenmeister, 1 Maschinenmeister für Flach- und Rotation, 1 Schweizerdegen, 1 Schriftgießer bzw. Monotypegießer, 1 Setzer, stenographiekundig und an Schreibmaschine bewandert.

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Hannover bestanden nachverzeichnete Kollegen die Meisterprüfung: die Setzer: M. Adischkewitz, A. Alberti, K. Borgolte, Fr. Buse, L. Daume, A. Dreitzner, G. Fischer, H. Harland, O. Hartmann, W. Kaune, K. Nüsse, Fr. Ohlendorf, J. Pfingsten, H. Richmann, H. Rogge, Th. Schäfer; die Drucker: E. Ölke, J. Prelle, Fr. Schwake, sämtlich aus Hannover, ferner Kollege W. Müller aus Hameln.

Der kommunistische „Kämpfer" in Chemnitz. Der Arbeiterausschuß der Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt („Kämpfer") sandte uns auf die Notiz „Der kommunistische ‚Kämpfer' in Chemnitz vor dem Gewerbegericht" in Nr. 88 eine lange Berichtigung, in der das Verhalten der Geschäftsleitung nach allen Regeln privatkapitalistischer Interessenvertretung in Schutz genommen wird. Wir entnehmen derselben, daß nach Auffassung des Arbeiterausschusses die Entlassung des betreffenden Kollegen ohne Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt gewesen sein soll, da es sich um Aushilfskonditionen gehandelt habe. Es wird jedoch verschwiegen, daß diese Aushilfe weit über die im Tarif vorgesehene Dauer reichte und demzufolge der Charakter der Aushilfskondition in Wegfall kam; auch verschweigt der Arbeiterausschuß, daß während dieser Zeit noch weitere Einstellungen erfolgten; darunter auch die eines der Einsender der „Berichtigung", ohne daß dieser jedoch ebenfalls entlassen worden wäre. In der „Berichtigung" wird außerdem von parteiischer Rechtsprechung des Schlichtungsausschusses und des Gewerbegerichts gesprochen und es als Tendenz dieser Instanzen bezeichnet, dem „Kämpfer" etwas am Zeuge zu flicken, während andern Betrieben gegenüber viel rücksichtsvoller verfahren würde. Es wird ferner auf Entlassungen im „Chemnitzer Tageblatt" hingewiesen, die gleichfalls ohne vorherige Kürzung der Arbeitszeit erfolgt wären. Daß es sich dabei um Entlassungen nach Beendigung der Adreßbuchherstellung handelte, für deren Dauer die betreffenden Kollegen ausdrücklich eingestellt waren, wird „übersehen". In der Berichtigung des Arbeiterausschusses der Druckerei des „Kämpfer" wird ferner behauptet, daß dem Kläger der Klageweg empfohlen worden sei, nicht weil er im Rechte war, sondern weil er im „Kämpfer" gearbeitet habe. In Wirklichkeit hat der Kläger jedoch nur den Klageweg beschritten, um nicht das Recht auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung zu verlieren. Solche Fälle gibt es in der heutigen Zeit fast an jedem größeren Orte dutzendfach. Daß sich die Klage gegen eine Arbeiterdruckerei richten mußte, ist doch nicht die Schuld des Klägers, sondern der betreffenden Geschäftsleitung. Einzig ist aber, daß der Arbeiterausschuß einer Arbeiterdruckerei solche Praktiken seiner Geschäftsleitung noch mit seinem Namen zu decken sucht! Und wenn wir gar feststellen konnten, daß ein Mitglied des hier in Frage kommenden Arbeiterausschusses der Druckerei des Chemnitzer „Kämpfer" einen kollegialen Hinweis, daß doch keine Entlassungen nötig wären, einfach mit der Erwiderung ablat: Die Parteiinteressen stünden ihm höher als die kollegialen Interessen!, so ist das jedenfalls eine ganz verkehrte Auffassung der Aufgaben eines Arbeiterausschusses einer Arbeiterdruckerei und glücklicherweise auch nur selten zu verzeichnen. Und trotzdem bringen es die Verfasser der uns zugegangenen „Berichtigung" fertig, zum Schlusse noch folgendes zu schreiben: „. . . Nicht durch derartige Mätzchen wird die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern nur durch geschlossenes Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft und der graphischen Arbeiterschaft im besondern gegen die Sabotage der Unternehmer. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, weiter zu produzieren oder die Arbeiterschaft muß die Produktion in die eigne Hand nehmen. Dann wird man es nicht mehr nötig haben, mit derart lächerlichen Mittelchen, wie vorstehend geschildert, eine große Frage lösen zu wollen." Das hört sich ja ganz „revolutionär" an; nur müssen wir in den ernsten Willen zur Mitarbeit in dieser Richtung bei dem Arbeiterausschusse des „Kämpfer" nach der uns zugegangenen „Berichtigung" sehr starke Zweifel setzen.

Offene Stelle für Arbeitervertreter. Das Gewerkschaftskartell Braunschweig sucht einen zweiten Arbeitersekretär. Bewerbungen sind an Otto Fischer in Braunschweig, Birchowstraße 36, zu richten.

Konsumgenossenschaftliches Seebad. Zu der Notiz in Nr. 89 unter vorstehender Stichmarke werden wir gebeten, mitzuteilen, daß Kollegen, die die Absicht haben, nach Westerland zu reisen, Auskunft über günstigste Fahrgelegenheit usw. vom dortigen Vertrauensmann, Kollegen Osw. Kuntze, erhalten können.

Aus dem Wahlreglement zum ersten Betriebsrätekongreß der freien Gewerkschaften. Als Ergänzung zu der Notiz über den ersten Betriebsrätekongreß der freien Gewerkschaften in voriger Nummer geben wir nachstehend noch einen Auszug aus dem vom geschäftsführenden Ausschusse der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale soeben veröffentlichten Wahlreglement: Damit alle Berufe und Bezirke auf dem Kongreß vertreten sein können, wurde die Zahl der Delegierten auf 1100 festgesetzt. Es kommen 15 große Industriegruppen mit insgesamt 8084714 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen in Frage. Auf 19 Verbände mit zusammen 208300 Mitgliedern entfallen 39 Delegierte und auf 30 Verbände mit insgesamt 6776000 Mitgliedern kommen 761 Delegierte; außerdem erhalten die Landarbeiter 200 und die Angestellten 100 Delegierte. Auf das graphische Gewerbe mit insgesamt 213689 Organisierten entfallen 25 Delegierte; davon erhalten die Buchbinder mit 82058 Mitgliedern 9, die Lithographen mit 19200 Mitgliedern 3, die Buchdrucker mit 71000 Mitgliedern 8 und die Buchdruckereihilfsarbeiter mit 41431 Mitgliedern 5 Delegierte. Die Delegierten müssen mindestens ein Jahr Mitglied einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (Afa) angeschlossenen Organisation und Mitglied eines Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrats sein. Sie sind nur durch die Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenräte zu wählen. Delegierte zum Betriebsrätekongreß, die während der Dauer des Kongresses ein Logis in Berlin besorgt haben wollen, werden ersucht, dieses bis zum 10. September mit dem Vermerk „Logisbeschaffung" (auf dem Briefumschlag), an die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Berlin SO 16, Engeufer 15 IV, schriftlich mitzuteilen.

Arbeitersolidarität. Der Verbandstag deutscher Berufsfeuerwehrmänner, der kürzlich in Kassel tagte, bewilligte zum Wiederaufbau des Leipziger „Volkshauses" 10000 Mk.; die Hamburger Gewerkschaften brachten durch das dortige Gewerkschaftskartell für den gleichen Zweck schon vor längerer Zeit die Summe von 60000 Mark auf.

Christliche „Arbeiterpolitik". Auf der 9. Hauptkagung des christlichen Metallarbeiterverbandes, die dieser Tage in Essen abgehalten wurde, ermahnte der Verbandsvorsitzende Wieber u. a. die Arbeiterschaft, mit den fortgesetzt sich steigernden Lohnforderungen ein Ende zu machen. Die Arbeiterlöhne seien heute den Verhältnissen entsprechend ausreichend bemessen. Die fortdauernde Lohnschraube ruiniere die Arbeiter und das deutsche Wirtschaftsleben. Wir könnten den Achtstundentag nicht ertragen. Eine erheblich vermehrte Arbeitszeit sei das Gebot der Stunde. Mit Bedauern müsse er feststellen, daß deutsche Arbeiter zu einem internationalen Kongreß nach Genf gefahren sind, und daß dort unsre Bergleute den Sechsstundentag forderten, den die belgischen und die französischen Bergarbeiter, denen wir in Hülle und Fülle die Kohlen liefern, ablehnen. Für die deutsche Arbeiterschaft gäbe es in Zukunft nur eine Losung, und das ist die Mehrarbeit. Solche Weisheiten verzapfte nicht ein Stinnes oder ein Thyssen, sondern der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes!

Briefkasten

O. B. in S.: Soll mit verwendet werden. — **A. O. in Fr., F. J. in B. und A. S. in L.:** Ihre Artikel werden auch mit möglichster Beschleunigung aufgenommen werden. Es ist aber starker Eingang. — **O. M. in P.:** 1. Bei dem jetzt sehr starken Stoffandrange werden wir nicht näher darauf eingehen können. Werder aber einen Weg finden. 2. Wird nach Ferienbeendigung übermittelt werden. — **E. L. in B., H. A. in L., K. W. S. in B., M. C. in N., L. A. in S., E. J. in L.:** Artikeleingang wird hiermit bestätigt. Aufnahme erfolgt unter Einreihung in die jeweilig zur Behandlung stehenden Materien. Die karitativen Artikel müssen andern vorangestellt werden. Wir bitten dringend, hier Wiederholungen zu vermeiden. Das Anschneiden neuer Gesichtspunkte auch in schon öfters behandelten Fragen ist viel nutzbringender. — **A. v. d. H. in L.:** 1. Kann erst nach der Gauvorsteherkonferenz erscheinen. Kommen nicht einmal mit den aktuellen Sachen durch. 2. Das sinnische Buchdruckfachblatt hat uns sehr interessiert. Werden es dem Bildungsverbande vermachen. — **H. K. in B.:** Karte war früher hier als Artikel. Derselbe wird noch einige Zeit warten müssen; es ist Hochkonjunktur. — **S. in G.:** Sie sollen damit zu Worte kommen, aber die „Erstgeborenen" pochen auf ihre Rechte; es sind ihrer wirklich nicht wenige. — **P. O. G. in N.:** Zu einem späteren Zeitpunkt erst möglich. — **W. Ch. in B.:** Wird dem betreffenden Kollegen übermittelt. — **Musenkreis in W.:** Wird bestens erwidert. — **P. B. in Brodf:** Beide Fragen sind mit Nein zu beantworten; das Gesamtverzeichnis ist vergriffen, ebenso einzelne Nummern der Nachträge. — **Bezirksverein Bromberg:** 3,80 Mk.

☞ Obwohl erst in Nr. 86 ersucht wurde, Manuskripte nicht mit Bleistift zu schreiben, sind doch schon wieder solche gerade für Buchdrucker schwerwiegende Unbehörigkeiten vorgekommen. Noch schlimmer ist aber, daß wir auch ganz unleserliche Artikel und Versammlungsberichte erhalten, die schon nicht mehr geschrieben genannt werden können und obendrein durch eine Unzahl von Abänderungen und Einschaltungen nur noch für die Schreckenssammlung der Zentralkommission der Korrektoren verwendbar sind. Wenn die Notschreie der Korrektoren -- siehe Feuilleton in Nr. 86, — eine solche Beachtung bei Buchdruckern finden, daß die Redaktion ihres Organs sich zu vollständigem Neuschreiben gezwungen sieht, weil man keinem Setzerkollegen eine solche Karrikatur von Manuskript zumuten darf, dann hört tatsächlich alles auf. Wir erklären hiermit, daß in Zukunft die Absender solcher Manuskriptunmöglichkeiten bestimmt mit Ablehnung zu rechnen haben.

Die Redaktion.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Duisburg. Die Kollegen Joseph Werner (Hauptbuchnummer 46305) und Albert Stockhorst (Hauptbuchnummer 68017) werden aufgefordert, sich beim Bezirkskassierer Ferd. Nesselhut (Duisburg), Giesenaufer 221, zu melden. Die verehrl. Funktionäre werden gebeten, genannte Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen

Holzminden. Vorsitzender: Paul Eisenberg, Luisenstraße 30 I.
Kehl a. Rh. Vorsitzender: Max Göhringer, Riedstraße 389.

Versammlungskalender

Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 5. September, vormittags 10 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44.

Dresden. Korrektorenversammlung Sonntag, den 29. August, vormittags 10 Uhr, im „Senefelder", Haulbachstraße 16.

Kassel. Maschinenmeisterversammlung mit Vortrag Sonnabend, den 4. September, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Ehrlich, Karlstraße.